



Rätsel ungelöst

Der Abschuss der malaysischen Linienmaschine mit der Flugnummer »MH17« im Juli 2014 in der Ostukraine wirft noch immer Fragen auf. Wer für den Vorfall verantwortlich war, ist nach wie vor unklar. Ein Vorabdruck. Von Kees van der Pijl

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 29. AUGUST 2018, NR. 200 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Privatisieren mit links

»Schulbauoffensive« in Berlin:
4 Exsenator verteidigt »öffentlich-öffentliche Partnerschaft«

Sturm auf Geschäfte

Erste Effekte von Wirtschaftsreformen in Venezuela lösen Euphorie aus, doch Unsicherheit bleibt
7

Popstar und Freak

Heute wäre Michael Jackson 60 Jahre alt geworden. Es wird nun Zeit für eine Ehrenrettung
11

Nipster ohne Alkohol

Vernetzungstreffen der »Identitären« in Dresden bleibt weit hinter deren Erwartungen zurück
15

Verraten und verkauft

jW exklusiv ■ Pharmaindustrie greift sich gemeinnützige Anlaufstelle für Patienten. GKV-Spitzenverband sieht untätig zu. **Von Ralf Wurzbacher**

Die »Unabhängige Patientenberatung Deutschland« (UPD), eine auf dem Papier »gemeinnützige« Anlaufstelle bei Konflikten mit Krankenkassen, Kliniken und Ärzten, hat klammheimlich den Besitzer gewechselt und steht künftig unter Kontrolle des Pharmadienleisters Careforce. Eigentümer war bisher die Sanvartis GmbH in Duisburg, ein Tochterunternehmen der Vendus-Gruppe. Die Sanvartis und mit ihr die UPD sind in den zurückliegenden Wochen im Zuge eines obskuren Verkaufsprozesses in Careforce-Regie überführt worden. Die Vermutung liegt nahe, dass mit dem Verwirrspiel verhindert werden sollte, dass die Transaktion durch eine öffentliche Diskussion gestört wird.

Einst als reines Non-Profit-Projekt gestartet, befand sich die UPD von 2006 bis 2015 in Trägerschaft durch den Sozialverband VdK, die Verbraucherzentrale Bundesverband sowie den Verbund unabhängige Patientenberatung (VuP). Der kostenlose Beratungsdienst für hilfesuchende Patienten und Versicherte geschieht in gesetzlichem Auftrag, ist Teil der Regelversorgung und wird jährlich aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefördert. 2016 wurde die UPD nach europaweiter Ausschreibung als vermeintlich eigenständige Tochter an die Sanvartis GmbH übertragen. Das sorgte damals für heftige Kritik, weil das Unternehmen sein Geld vor allem mit Callcentern für die Krankenkassen verdient.

Der neueste Deal birgt noch mehr Brisanz: Careforce arbeitet Arzneimittelherstellern als Personal- und Vertriebsdienstleister zu, damit diese ihre Produkte besser vermarktet bekommen. Hinter dem Unternehmen steht der Private-Equity-Fonds Findos Investor, der



Für ihre künftigen Prospekte muss die Patientenberatung UPD wohl zu glaubwürdigeren Slogans greifen

mit dem Geld deutscher Mittelständler auf Renditejagd geht. Wie soll die UPD unter diesen Bedingungen neutral und unabhängig Patienten beraten – etwa in Fällen, in denen Opfer falscher Medikamentenverabreichung Hilfe suchen?

Offenbar schert man sich beim GKV-Spitzenverband nicht um derlei Fragen. Wie *junge Welt* in Erfahrung gebracht hat, ist die GKV-Führung mindestens seit mehr als drei Wochen über die Vorgänge im Bilde. Das belegt ein Brief der Vendus-Gruppe an die für die UPD zuständigen Funktionäre Gerd Kukla und Heike Wöllenstein vom 6. August. Darin wird erklärt, dass Sanvartis »in Zukunft im Eigentum des Sanvartis-Managements sowie den mit-

telständischen Unternehmerkollegen Marko-René Scholl und Andrea Scholl, unterstützt durch einen Mittelstandsfonds, liegen« werde. Die Scholls stellen die Geschäftsführung bei Careforce.

Hat die GKV ihr Wissen für sich behalten? Gerichtsweise soll der Verband seinerzeit auch treibende Kraft hinter der UPD-Auslagerung auf Sanvartis gewesen sein. Lange Zeit wollte nicht einmal der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Ralf Brauksiepe (CDU), über »gesicherte Kenntnisse« in punkto UPD-Veräußerung verfügen haben. Inzwischen ist ihm wohl ein Licht aufgegangen. In einem Schreiben an die UPD-Beiratsmitglieder, das dieser Zeitung vorliegt, informiert Brauksiepe

mit Verweis auf besagten Vendus-Brief über »nähere Informationen zum Verkauf der Sanvartis GmbH Duisburg«. Dies sei Anlass, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung am 17. September zu setzen. Zudem gibt es eine fertig verfasste Pressemitteilung von Careforce, die über alles aufklärt, aber bis jW-Redaktionsschluss nicht veröffentlicht wurde. Warum bloß?

Alarmiert ist Sylvia Gabelmann von der Bundestagsfraktion Die Linke. »Der Fall zeigt deutlich, dass die Privatisierung der UPD ein fataler Irrweg war und nicht dadurch besser wird, dass man den Fehler wiederholt«, beklagte sie gestern gegenüber jW.

■ Weitere Hintergründe auf Seite 3

Chemnitz: Polizei unterschätzt Einsatz

Chemnitz. Nach den rechten Ausschreitungen vom Sonntag sind am Montagabend in Chemnitz 20 Menschen verletzt worden. Dies gab die Polizei am Dienstag in ihrer Bilanz bekannt. Demnach hatten sich rund 6.000 Menschen bei der vom rechten Bündnis »Pro Chemnitz« angemeldeten Demonstration am Karl-Marx-Monument versammelt. Im Stadtpark seien 1.500 Gegen-demonstranten auf einer vom Bündnis »Chemnitz nazifrei« organisierter Kundgebung gewesen.

Ein Polizeisprecher erklärte, es seien nicht genügend Beamte aufgeboden worden. Insbesondere die Teilnehmerzahl rechter Kräfte habe die Behörde überrascht. Rechte aus Berlin, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seien demnach in die sächsische Stadt gekommen. Nach eigenen Angaben bot die Polizei 591 Einsatzkräfte auf. (dpa/jW)

■ Siehe auch Seiten 2 und 8

Kriegsverbrechen im Jemen angeprangert



Genf. Im Bürgerkriegsland Jemen gibt es nach Überzeugung von UN-Menschenrechtlern starke Anzeichen für Kriegsverbrechen. Eine Expertenkommission erhob schwere Vorwürfe gegen die nominelle Regierung und deren Verbündete Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate und verlangte, dass Verantwortliche vor einem unabhängigen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Sie habe eine Liste mit den Namen möglicher Täter an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte geschickt. »Es gibt kaum Anhaltspunkte, dass die Konfliktparteien versuchen, zivile Opfer zu vermeiden«, sagte der Vorsitzende der Gruppe, Kamel Jendoubi, am Dienstag in Genf. Die Rolle der westlichen Unterstützer der Koalition, etwa der USA und Großbritanniens, thematisierte die Gruppe nicht. Bei dem Mandat sei es um Menschenrechtsverletzungen gegangen, sagte der Mitvorsitzende Charles Garraway. (dpa/jW)

Washington schmiedet Wirtschaftspakt

Mexiko und USA einigen sich auf Handelsabkommen. Beitritt Kanadas unklar

Mexiko und die USA haben sich auf Grundzüge eines neuen Wirtschaftsabkommens verständigt. Das 1994 zwischen den beiden Staaten sowie Kanada geschlossene »Nordamerikanische Handelsabkommen« (NAFTA), das seit Monaten neu verhandelt wurde, steht damit vor dem Aus. »Wir werden den Namen »NAFTA« abschaffen«, sagte US-Präsident Donald Trump am Montagabend in Washington. In der mit Mexiko erzielten Vereinbarung ist festgelegt, dass der vorgeschriebene An-

teil von US-Komponenten in der Autoindustrie von 62,5 auf 70 Prozent steigt. Zudem sollen 40 bis 45 Prozent der Teile von Arbeitern hergestellt werden, die mindestens 16 Dollar pro Stunde verdienen. Das zielt darauf ab, Standortverlagerungen aus den USA nach Mexiko zu verhindern. Das Abkommen soll 16 Jahre laufen und jeweils nach sechs Jahren überprüft werden.

Die Einigung mit den USA sei ein erster Schritt, sagte Mexikos designierter Präsident Andrés Manuel López Obrador. Es sei wichtig, dass

auch Kanada Teil des Abkommens sei. Trump hingegen sagte, sollte der Nachbar im Norden nicht ebenfalls einer Überarbeitung des bisherigen NAFTA-Abkommens zustimmen, würden Zölle auf Fahrzeuge und Zulieferer erhoben. Es sei möglich, dass mit Kanada ein »separater Vertrag« oder aber ein gemeinsames Abkommen aller drei Länder geschlossen würde. Kanadas Außenministerin Chrystia Freeland wurde am Dienstag zu Handelsgesprächen in Washington erwartet. Ein US-Regierungsvertreter

sagte, es gebe die Chance, dass bis Freitag eine Einigung stehe.

BRD-Kapitallobbyisten warnten vor einem Ende des Abkommens zwischen den USA, Mexiko und Kanada. »Bricht der Dreierpakt auseinander, würde dies auch die deutschen Unternehmen in Nordamerika treffen. Denn diese haben dort in Milliardenhöhe investiert und über Jahre umfassende Lieferketten aufgebaut«, sagte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, am Dienstag. (Reuters/dpa/AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.119 Genossinnen und Genossen (Stand 14.8.2018)
www.jungewelt.de/lpg



Feindliche Übernahme perfekt

Patientenberatungsstelle UPD wechselt von einem Dienstleister der Krankenkassen zu einem Pharmaunternehmen, hinter dem ein Finanzinvestor steht. **Von Ralf Wurzbacher**

Ende Juli erhielt *junge Welt* einen Tip: Die Sanvartis GmbH, ein auf Gesundheitsthemen spezialisierter Callcenter-Betreiber mit Sitz in Duisburg, stehe kurz vor dem Verkauf an den Pharmadienleister Careforce. Das wäre kaum der Rede wert, hätte Sanvartis nicht ein prominentes Anhängsel im Portfolio: die »Unabhängige Patientenberatung Deutschland« (UPD). Die gemeinnützige Gesellschaft unterstützt in gesetzlichem Auftrag hilfesuchende Privat- und Kassenpatienten bei Konflikten mit Ärzten, Krankenversicherungen und Kliniken. Seit 2016 erledigt sie das als eigenständige Tochterfirma unter dem Dach der kommerziellen Sanvartis, was an sich schon eine fragwürdige Konstruktion ist und bereits für allerhand Kritik gesorgt hat (siehe Text unten). Was aber, wenn die UPD an Careforce veräußert wird? Dann, so der Hinweisgeber, wäre sie »ganz in der Hand der Pharmaindustrie gelandet«.

Die Careforce GmbH zählt laut Eigendarstellung »zu den führenden Unternehmen im Bereich der Personal- und Vertriebsdienstleistung für die pharmazeutische Industrie und andere Unternehmen im Healthcaremarkt«. Faktisch arbeitet die Firma mit Sitz in Köln Arzneimittelherstellern zu, damit diese ihre Pillen und Salben besser unter die Leute bringen. Wie gut die Geschäfte laufen, mag man daran ersehen, dass Careforce einem Private-Equity-Fonds namens Findos Investor gehört, der mit dem Geld »renommiertes deutscher Mittelstandsfamilien« auf Einkaufstour geht. Der allerneueste Coup verspricht knackige Schlagzeilen: Reißt sich eine Heuschrecke die UPD unter den Nagel?

Nach jW seit Montag vorliegenden Dokumenten ist der Deal bereits besiegelt, was noch fehlt ist eine offizielle Bestätigung. Aber auch davor schon war die Indizienlage erdrückend. Wie diese Zeitung durch zwei Insider erfuhr, wurde die Sanvartis-Belegschaft vor über drei Wochen in einer Betriebsversammlung über die Vorgänge unterrichtet, auch die wichtigsten Kunden wüssten längst Bescheid. Handfeste Belege lieferte das Studium neuerer Handelsregistereinträge. Diese fördern gleich mehrere neu gegründete Gesellschaften im Umfeld von Sanvartis zu Tage – sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz. Ins Auge



Wer hält hier die Hand auf? Beratungsmobil der UPD im Außeneinsatz

fiel dabei die Ende Juni in München angemeldete Careforce Sanvartis Holding GmbH, so etwas wie der nominelle Beweis dafür, wer hier mit wem anbandelt. In der Folgezeit wechselten die Besitzverhältnisse wie wild von einem zum anderen Akteur mit dem Ergebnis einer kompletten Neuaufstellung der Sanvartis unter 100prozentiger Kontrolle durch Careforce.

Dazu kommen personelle Verstrickungen. Als Geschäftsführer der frischgebackenen Careforce Sanvartis Holding GmbH firmiert mit Stefan Happak ein leitender Mitarbeiter von Findos Investor, der Careforce-Mutter. Happak, der laut Branchendienst Northdata noch dutzenden weiteren Firmen vorsteht, blieb eine Antwort auf eine jW-Anfrage schuldig. Dafür äußerten sich Sanvartis und Careforce, beide mit Spitzfindigkeiten. Die Aussage, Sanvartis stünde zum Verkauf bereit, sei »falsch«. Auf die Bewegungen im Handelsregister angesprochen, ließ eine Sanvartis-Sprecherin verlauten, diese dienten »im Rahmen der Strukturierungsmaßnahmen ausschließlich der Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Sanvartis Group mit ihren Tochterunternehmen«. Und weiter: »Inhaber der Sanvartis ist auch

zukünftig die Sanvartis Group GmbH allerdings durch Übertragung zukünftig mit Sitz in Deutschland.«

Genau hier liegt der Hund begraben. Mit besagter Neukonstruktion taucht quasi eine Attrappe der einst schweizerischen Sanvartis auf deutschem Boden auf, unter gleichem Namen zwar, aber als komplett neues Unternehmen mit neuem Eigner. Für die jW-Informanten ist das Verwirrspiel ein »Täuschungsmanöver« mit dem Ziel, die Konkurrenz hinter Licht zu führen. Ganz nebenbei trug man damit auch dafür Sorge, dass unbequeme öffentliche Diskussionen um eine UPD in der Hand der Pharmaindustrie gar nicht, und wenn doch, erst dann aufkommen, wenn es zu spät ist.

Das Kalkül ist aufgegangen. Die Verantwortlichen in Reihen der Politik und der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wollen bis zuletzt nichts von den Vorgängen mitbekommen haben. Anfang August erwiderte die Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Sabine Weiss (CDU), auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Maria Klein-Schmeink: »Der Bundesregierung sind solche Pläne nicht bekannt.« Auch der Patientenbeauftragte der Regierung, Ralf Brauksiepe verfüge »nicht über ge-

sicherte Erkenntnisse«, wie er gegenüber jW erklären ließ. Dasselbe behauptet man beim Spitzenverband der GKV, der der UPD jährlich neun Millionen Euro an Fördermitteln zuschießt (siehe Spalte). Wechselt die Unabhängige Patientenberatung also den Eigentümer – und die Politik weiß von nichts?

Kaum vorstellbar – und schlicht unzutreffend. Nach Kenntnissen dieser Zeitung sind die entscheidenden Stellen seit längerem über die Entwicklungen im Bilde. Was derweil noch läuft, ist die Abstimmung darüber, wie man mit der Sache umgehen und sie den Bürgern verkaufen soll. Und eine Sprachregelung für den Tag, an dem der Sanvartis-Verkauf offiziell verkündet wird, hat man sich auch zurechtgelegt. Demnach geht der Deal schon in Ordnung, weil die UPD durch mögliche Unternehmensübergänge »nicht gefährdet« sei. So hat es die GKV in ihrer Antwort auf eine jW-Anfrage bereits vorweggenommen. Darin heißt es, »Vertragspartner des GKV-Spitzenverbandes zur Durchführung der Patientenberatung für die Periode 2016 bis 2022 ist und bleibt die UPD Patientenberatung Deutschland gGmbH«. Also: Kein Grund zur Sorge!

■ Hintergrund Geschäftsmodell

Man fragt sich: Wie verdient eigentlich die Sanvartis GmbH mit dem Betrieb der »Unabhängigen Patientenberatung Deutschland« (UPD) Geld? Die UPD erhält nach dem Gesetz jährliche Zuwendungen durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) von derzeit neun Millionen Euro. Dazu kommt noch ein – vergleichsweise unerheblicher – Beitrag durch die private Krankenversicherung (PKV). Aus all und nur diesen Mitteln muss Sanvartis ihre diversen Beratungsdienstleistungen finanzieren, die für die Betroffenen durchweg gratis sind. Daraus folgt: Je geringer die Kosten für den Betrieb ausfallen, desto mehr bleibt von der Fördersumme als Gewinn hängen. Das ist die erste Erklärung dafür, warum die Beratungsqualität der UPD unter Sanvartis-Regie so gelitten hat. Es gibt offenbar noch eine zweite: Wie *junge Welt* aus vertraulicher Quelle zugetragen wurde, sollen von den Fördergeldern vorneweg zwei Millionen Euro jährlich für die Bezahlung von Lizenzen für eine Wissensmanagement-Software – wohl-gemerkt aus Sanvartis-Bestand – gehen. Das bedeutet: Die »gemeinnützige« UPD überweist Sanvartis im Bewilligungszeitraum von sieben Jahren, in denen sie die UPD unterhält, allein 14 Millionen Euro dafür, dass die IT läuft. Nach jW-Informationen sollen sich Kosten dafür unter der »alten« UPD auf höchstens 50.000 Euro belaufen haben.

Träfe die Darstellung zu, hätte sich Sanvartis mit der UPD quasi einen neuen Kunden ins Haus geholt, dem sie auf Kosten der Beitragszahler ein hauseigenes Produkt aufdrückt – ohne Ausschreibung und ohne jeden Akquisearbeit. Das, so die jW-Quelle, sei das »ganze Geschäftsmodell«, aus dem in Zukunft auch die Careforce GmbH schöpfen werde. »Den Beratungsbetrieb erledigt man mehr schlecht als recht, während man den Laden eigentlich nur deshalb an Land gezogen hat, um die Softwarelizenzen zu verticken.« Vielleicht ja nur ein Zufall: Seit der Übertragung auf Sanvartis erhält die UPD pro Jahr zwei Millionen Euro mehr von der GKV. (rwu)

Bei Anruf »Überlauf«

Unter Sanvartis-Regie: Unabhängige Patientenberatung in anonymes Callcenter verwandelt

Es wäre nicht das erste Mal, dass die »Unabhängige Patientenberatung Deutschland« (UPD) den Besitzer wechselt. Zum Jahresanfang 2016 war die einst als reines Non-Profit-Projekt gestartete Anlaufstelle für Hilfesuchende in Gesundheitsfragen ins Eigentum der Sanvartis GmbH in Duisburg übergegangen. Zuvor hatte sie sich neun Jahre lang in gemeinsamer Trägerschaft durch den Sozialverband VdK, die Verbraucherzentrale Bundesverband sowie den Verbund unabhängige Patientenberatung (VuP) befunden. Der Vorgang sorgte seinerzeit für großen Wirbel. Kritiker sahen die Unabhängigkeit der UPD durch den Umstand gefährdet, dass die Unternehmensmutter ihr Geld mit Dienstleistungen

für Krankenkassen und Pharmafirmen macht.

Die Verantwortlichen erkannten darin keinen Interessenkonflikt und konterten die Einwände mit der Behauptung, die Eigenständigkeit der UPD wäre auch unter den veränderten Bedingungen gesichert. Garantieren soll das ein System laufender Auditierung und Evaluation. Außerdem steht die Tätigkeit der UPD unter ständiger Begleitung durch einen wissenschaftlichen Beirat unter Vorsitz des Patientenbeauftragten der Bundesregierung. Aber nicht einmal alle Mitglieder des Gremiums trauten der Neukonstruktion seinerzeit über den Weg. Mit Marie-Luise Dierks und Rolf Rosenbrock legten im September 2015 gleich zwei ihr Amt aus Protest nieder.

Zu den Kritikern der ersten Stunde gehört der ehemalige UPD-Bundesgeschäftsführer Sebastian Schmidt-Kaehler. Sanvartis arbeite »zu einem großen Teil für gesetzliche Krankenversicherungen«, und die gesetzliche Krankenkasse (GKV) sei »ausgerechnet der Akteur, mit dem die Ratsuchenden der UPD am häufigsten im Konflikt stehen«, monierte er am Montag im Gespräch mit *junge Welt*. Der »Interessenkonflikt ist ein Faktum, Unabhängigkeit lässt sich nicht durch Kontrolle erzeugen.«

Die jüngere Entwicklung gibt Schmidt-Kaehler recht. Unter Sanvartis-Regie hat die Qualität der UPD massiv gelitten: Vor allem ist der Anteil der Vorortberatungen auf ein klägliches Niveau eingebrochen, ähnliches gilt für Konsultationen zu Patienten-

rechten und Behandlungsfehlern. Vor einem Jahr berichtete die *Ärztezeitung*, dass 2016 allein in Bremen die Zahl der Patientenkontakte zur UPD um 75 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 zurückgegangen wäre. Außerdem schrieb vor zehn Monaten das *Deutsche Ärzteblatt*, dass in Stoßzeiten viele Anrufer bei einem »Überlaufteam« landen würden, deren Mitarbeiter bei Sanvartis unter Vertrag stehen. Im März 2017 sollen dies allein 2.712 gewesen sein. »Durch die von Union und SPD gebilligte Übernahme der UPD durch die Sanvartis GmbH wurde die Patientenberatung faktisch in ein Callcenter verwandelt«, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Maria Klein-Schmeink, am Dienstag gegen-

über jW. »Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt« sei der Verkauf der Sanvartis GmbH an ein Unternehmen, das auch für die pharmazeutische Industrie tätig ist, vonstatten gegangen. Nun drohe »der unmittelbare Zugriff von Pharmabateratern auf die UPD«.

Über den drohenden Verkauf der UPD an das Pharmaunternehmen Careforce wundert sich Schmidt-Kaehler nicht. Wer eine aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstandene Organisation über das europäische Vergaberecht einem Privatunternehmen zuschlägt, der dürfe sich nicht wundern, wenn diese Gesellschaft selbst irgendwann einmal veräußert wird. »Für den Aufbau der Vertrauensmarke UPD wäre das ein herber Rückschlag.«

Ralf Wurzbacher